

# Starkes Bayern – starkes Europa

## Die Lage der EU – wirtschaftliche und politische Entwicklungsperspektiven

---

**Freitag, 16.09.2016 um 14:00 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal  
Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Begrüßung

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Aigner,

sehr geehrter Herr Weber,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich im Haus der Bayerischen Wirtschaft – passend in unserem Europasaal.

Nach dem erfolgreichen Auftakt im letzten Jahr wollen wir auch heute über die wirtschaftlichen und politischen Perspektiven der EU sprechen.

Ich freue mich, auch in diesem Jahr wieder zahlreiche hochkarätige Gäste zu begrüßen.

Denn der Diskussionsbedarf ist groß:

Seit dem letzten Jahr hat sich die Lage der EU nicht verbessert – ganz im Gegenteil.

Die EU steckt – man muss es deutlich sagen – in einer existenziellen Krise.

Nach der Schulden- und der Flüchtlingskrise war das Brexit-Votum ein weiterer schwerer Schlag.

In diesen Tagen entscheidet sich, ob das europäische Projekt eine Zukunft hat.

Umso wichtiger ist es, dass dabei die Stimme der Wirtschaft Gehör findet!

#### Begrüßung der Gäste

Unsere Veranstaltungsreihe heißt aus gutem Grund „Starkes Bayern – Starkes Europa“.

Als Exportland und Industriestandort braucht Bayern ein erfolgreiches und kräftiges Europa.

Die Bedeutung der EU für Bayerns Wirtschaft wird heute **Ilse Aigner** erläutern, die bayerische Wirtschaftsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin.

Liebe Ilse, vielen Dank für dein Kommen!

Gerade in diesen bewegten Zeiten freut es uns, dass mit **Manfred Weber** ein Bayer an der Spitze der größten Fraktion im Europaparlament steht.

Lieber Manfred, wir freuen uns sehr, dass du trotz des heutigen EU-Gipfels die Zeit gefunden hast, über die politische Lage in Brüssel zu berichten.

Ebenfalls aus Brüssel können wir heute **Guntram Wolff** begrüßen, den Direktor des renommierten Wirtschaftsinstituts Bruegel.

Sehr geehrter Herr Dr. Wolff, vielen Dank, dass Sie heute die aktuelle wirtschaftliche Lage und Entwicklung der EU für uns einordnen.

Auch wenn Krisen die europäische Debatte seit Jahren prägen:

Als Wirtschaftsverbände müssen wir deutlich machen, dass die EU große Chancen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand bietet!

Darum freue ich mich ganz besonders, dass heute auch wieder Vertreter unserer europäischen Schwesterverbände bei uns sind.

Ich begrüße recht herzlich:

- **Hervé Le Jeune**, den Hauptgeschäftsführer des bretonischen UE35 Union des Entreprises,
- **Dr. Josef Negri**, Direktor des Unternehmerverbands Südtirol und
- **Victor Campdelacreu**, den Präsidenten des katalonischen Verbands PIMEC sowie

- **Miklós Horváth**, Vize-Präsident MGYOSZ  
Confederation of Hungarian Employers and  
Industrialists.

Sie alle waren schon einmal zu Gast bei uns.

Erstmals im hbw begrüße ich heute dagegen:

- **Monika Rühl**, die Vorsitzende der  
Geschäftsleitung des Schweizer Verbands  
economiesuisse und
- **Denis Simonneau**, Vorstandsmitglied des  
französischen Energiekonzerns ENGIE und  
des Unternehmerverbands MEDEF.

Seien Sie alle herzlich willkommen!

Ihr Kommen zeigt, dass die europäischen  
Wirtschaftsverbände an einem Strang ziehen.

Flüchtlingskrise und Flüchtlingsintegration

Meine Damen und Herren,

vor einem Jahr hat ein einziges Thema unsere  
Diskussion dominiert – die **Flüchtlingskrise**.

Der scheinbar ungebremste Flüchtlingsstrom nach Europa hat den Zusammenhalt in der EU auf eine harte Probe gestellt.

Seitdem ist viel passiert – in Bayern, in Deutschland und auf europäischer Ebene.

Die EU hat mit der Türkei ein Abkommen vereinbart und die Balkanroute geschlossen, doch im Mittelmeer erleben wir weiter eine humanitäre Katastrophe.

Der politische Handlungsbedarf bleibt groß.

Wir brauchen weiterhin sichere Außengrenzen, eine Bekämpfung der Fluchtursachen und endlich eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa.

Nur so können wir das Schengen-System und die Freizügigkeit für Arbeitnehmer bewahren.

Hier in Deutschland geht es jetzt um die Integration derjenigen Menschen, die dauerhaft bei uns bleiben werden.

Für uns war immer klar: Wir müssen alles tun, um die Integration der Flüchtlinge zu unterstützen.

Als bayerische Arbeitgeberverbände haben wir 6,7 Mio. Euro in die Hand genommen und eine

Vielzahl an Projekten zur Berufsorientierung und zur Integration in Ausbildung und Arbeit gestartet. Unsere bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Herausforderungen groß sind, aber dass Bayern – und Europa – von der Flüchtlingsintegration langfristig auch profitieren können.

### Brexit

Im Juni war **das Brexit-Votum** der nächste Schlag.

Zu unserem großen Bedauern haben sich die Briten dazu entschlossen, die EU zu verlassen.

Seit der Abstimmung hat es zum Brexit viele Spekulationen und wenig Fakten gegeben.

Wir gehen aber fest davon aus, dass der Brexit tatsächlich kommt. Das hat die neue Premierministerin May auch deutlich gemacht.

Die Politik muss jetzt kühlen Kopf bewahren und den Schaden für unsere Wirtschaft und Europa insgesamt so gering wie möglich halten.

Unsere Position ist klar:

- Diese Phase der Unsicherheit muss so kurz wie möglich gehalten werden – die Unternehmen brauchen Planungssicherheit.
- Es dürfen keine neuen Hürden für den Austausch von Waren und Dienstleistungen und den Kapitaltransfer aufgebaut werden.
- Die Entscheidungen müssen nun zügig und klar gefällt werden.

#### Bedeutung der EU für die bayerische Wirtschaft

Meine Damen und Herren,

Brexit und Flüchtlingskrise sind ohne Zweifel große Herausforderungen.

Sie dürfen die EU jedoch nicht paralisieren – dafür gibt es zu viele weitere Baustellen.

Beim heutigen Europäischen Rat in Bratislava debattieren die Staats- und Regierungschefs, wie es in einer EU mit 27 Mitgliedern weitergeht.

Gleichzeitig genießen die Euroskeptiker Aufwind.

Das Vertrauen in die europäischen Institutionen schwindet in ganz Europa.

Das ist eine brandgefährliche Entwicklung.

Wir müssen wieder daran erinnern, dass die europäische Einigung ein Fundament für Frieden, Wohlstand und Arbeitsplätze ist.

Das gilt besonders für Bayern.

Ich möchte mich nur auf ein paar Kennzahlen beschränken – aber die sind deutlich genug:

- Im Jahr 2015 gingen 55 Prozent der bayerischen Exporte in EU-Länder.
- Sieben der zehn größten Exportmärkte Bayerns sind EU-Staaten.

USA (1), UK (2), China (3), Österreich (4), Frankreich (5), Italien (6), Niederlande (7), Tschechien (8), Polen (9) und Schweiz (10).

- Aber nicht nur Bayern profitiert vom Binnenhandel: 60 Prozent aller bayerischen Importe stammen aus anderen EU-Staaten.
- Und unsere vbw Studie *Die Bedeutung der bayerischen Industrie für Europa* zeigt:

Allein die Vorleistungsimporte der deutschen Industrie sorgen in den anderen EU-Staaten für 3,5 Millionen Arbeitsplätze.

Diese Zahlen machen deutlich, dass nicht nur Deutschland von der EU profitiert, sondern auch die EU von der Stärke der deutschen Industrie.

Von einer Beeinträchtigung der anderen EU-Länder durch Deutschland kann keine Rede sein

Die wiederkehrende Kritik der EU-Kommission am deutschen Leistungsbilanzüberschuss ist grundfalsch.

Stattdessen muss die EU alles tun, um insgesamt ihr wirtschaftliches Gewicht zu steigern.

#### Was Europa jetzt anpacken muss

Nach dem Brexit braucht die EU grundlegende Reformen – ein „weiter so“ darf es nicht geben.

Die EU muss endlich raus aus dem Krisenmodus und zurück in die Überholspur.

Anders wird sie das Vertrauen der Bürger – und der Investoren – nicht zurückgewinnen können.

Ich bin mir leider nicht sicher, ob in der EU-Kommission alle den Warnschuss gehört haben.

Die richtige Antwort auf die wachsende Euroskepsis ist nicht der reflexhafte Ruf nach „mehr Europa“.

Vielmehr brauchen wir ein „besseres Europa“, das sich auf seine Stärken besinnt und seinen praktischen Nutzen für die Menschen beweist.

Das bedeutet für uns:

- Wettbewerbsfähigkeit statt Bürokratie
- Industriepolitik statt De-Industrialisierung
- Eigenverantwortung statt Umverteilung
- Subsidiarität statt Zentralisierung

Kurz gesagt – wir brauchen eine EU die schlank, aber stark ist.

Das erfordert zunächst eine konsequente **Fortsetzung des Spar- und Reformkurses.**

Gerade der Euroraum ist seit den Krisenjahren kaum gewachsen, die Produktion stagniert.

Mit knapp 92 Prozent des BIP ist die Schuldenquote der Eurostaaten viel zu hoch.

Der Aufschwung steht auf wackligen Beinen.

In so einer Situation wäre eine Aufweichung der EU-Stabilitätskriterien, wie manche sie in Europa derzeit wieder fordern, eindeutig der falsche Weg.

Die Niedrigzinspolitik der EZB ist umstritten.

Aber sie verschafft der Eurozone Spielraum, den sie für notwendige Strukturreformen nutzen muss.

Die EU muss die Mitglieder bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen – angefangen beim **Bürokratieabbau**.

Hier muss die EU noch besser werden – die Verhinderung überflüssiger Regulierung ist der erste Schritt, um unsere Wirtschaft zu stärken.

Eine Vertiefung der europaweiten Gesetzgebung benötigen wir insbesondere, um den **Binnenmarkt** weiter voranzutreiben.

Gutes Beispiel dafür ist die einheitliche **Datenschutzgrundverordnung**, die Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche nationale Standards beim Datenschutz beseitigt.

Mehr Europa benötigen wir auch bei der Vollendung des **Energiebinnenmarktes**.

Auch dass die EU sich eine ehrgeizige **digitale Agenda** gesetzt hat, begrüßen wir.

Die Digitalisierung braucht länderübergreifende Standards und einheitliche Rahmenbedingungen.

Und bei den Freihandelsabkommen **CETA und TTIP** müssen wir endlich vorankommen.

Die EU kann die Globalisierung entweder mitgestalten – oder sich von ihr überrollen lassen.

Ein schlankeres Europa benötigen wir dagegen dort, wo die Mitgliedsstaaten die Dinge besser und für die Menschen nachvollziehbarer regeln.

So muss die **Sozialpolitik** zwingend vollumfänglich in nationaler Hand bleiben.

Für Initiativen wie eine EU-weite **Frauenquote** fehlt der EU schlicht die Zuständigkeit.

Auch bei der **Revision der Entsenderichtlinie** schafft die Kommission Bürokratie und gefährdet die Entfaltung des europäischen Arbeitsmarktes.

Mit solchen Vorstößen schadet die EU der Wirtschaft – und fördert letztlich nur Populisten und EU-Gegner!

Schluss

Meine Damen und Herren,

die EU muss raus aus dem Krisenmodus – und endlich wieder Stabilität, Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Die bayerische Wirtschaft ist bereit, wo immer möglich zu unterstützen.

Als überzeugte Bayern und Europäer werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, das Zukunftsmodell Europa zu bewahren

Ich wünsche uns eine informative und erfolgreiche Veranstaltung!